

Minder stellt sich gegen den Bundesrat

Der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder will mit einer Motion verhindern, dass der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU unterzeichnet. Im Ständerat stösst das allerdings auf wenig Verständnis

Anna Kappeler

BERN. Nach jahrelangen Verhandlungen hat der Bundesrat das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU am Freitag veröffentlicht. Doch statt dazu klar Ja oder Nein zu sagen, hat er es in die Konsultation geschickt. Das ärgert Ständerat Thomas Minder (parteilos/SH). Deshalb hat Minder jetzt eine Motion eingereicht, in welcher der Bundesrat beauftragt wird, das Institutionelle Abkommen (InstA) nicht zu unterzeichnen.

Als Begründung für seinen Vorstoss sagt Minder: «Der Bundesrat war mutlos mit seinem Nichtentscheid. Da er sich um eine klare Ansage gedrückt hat und stattdessen so etwas wie eine inoffizielle Vernehmlassung eröffnet hat, liegt es halt nun am Parlament, Stellung zu beziehen.» Für Minder ist klar, dass das InstA «einfach zu viele negative Punkte» habe und man es deshalb «unbedingt ablehnen» müsse. Minder: «Ich zwinge das Parlament, offiziell Stellung dazu zu nehmen.» Er persönlich fordere den Übungsabbruch. Und: «Dazu brauche ich den Bundesrat nicht.»

Minder: «Grob fahrlässig» und «fatal»

In der Motion, die voraussichtlich in der Frühlingssession in den Ständerat kommt, listet Minder 14 Punkte auf, warum er für ein Nicht-Unterschreiben eintritt. Punkt 1 etwa lautet: «Die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens ist ein weiterer und bedeutender Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft.» Weiter sei die «vorgesehene dynamische Rechtsübernahme äusserst problematisch». Dass die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie nicht ausgeschlossen werde, ist für Minder zudem «grob fahrlässig». Auch die Verkürzung der Voranmeldefrist auf vier Tage (heute sind es acht) erwähnt Minder als «fatal».

Dazu sagt Thomas Minder: «Da sich sowohl die SVP wie auch die Gewerkschaften und mit ihre weite Teile der Linken gegen das InstA stellen, ist es im Parlament kaum mehrheitsfähig.»

Das sieht zwar auch Minders Ständeratskollege Hannes Germann (SVP/SH) so. Doch Germann, der wie Minder in der Aussenpolitischen Kommission (APK) sitzt, sagt auch: «Die Motion Minder braucht es nicht.» Dies, weil das Geschäft ohnehin ins Parlament kommen würde. «Falls der Bundesrat das InstA unterzeichnet, wird er eine Botschaft verabschieden, die dann ohnehin vom Parlament ratifiziert werden muss.» Germann will dem Bundesrat nicht die Möglichkeit nehmen, nachzuverhandeln. «Aussenminister

Cassis will offenbar schauen, ob es noch Spielraum gibt. Pferdefüsse wie die Unionsbürgerrichtlinie oder den Lohnschutz wird er zwar wohl nicht wegbringen. Aber vielleicht schafft er ja noch ein Wunder.»

«Motion ist unnötig»

Dass die Motion Minder zur Unzeit kommt, findet auch Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR). Der Text zum InstA werde erst im Januar übersetzt und erläutert. «Dann geht es los mit der detaillierten Meinungsbildung. Ich sehe nicht ein, warum wir uns also schon im März verbindlich dazu äussern sollten», sagt Caroni. «Zudem ist die Motion unnötig, weil wir im Parlament ja ohnehin früher oder später dazu Stellung nehmen werden.» Deshalb werde er dem Vorstoss von Kollege Minder nicht zustimmen.

Ebenfalls nicht zustimmen wird APK-Mitglied und CVP-Ständerätin Anne Seydoux-Christe. Auch für sie ist der Zeitpunkt des Vorstosses falsch. Grundsätzlich sei der Schweizer Lohnschutz zwar eine rote Linie. «Gleichwohl hoffe ich noch immer, dass wir mit der EU eine Lösung finden.» Das werde nicht morgen sein, aber hoffentlich bald. Denn klar sei: «Je länger wir warten, desto teurer wird das Abkommen für uns.»